

## Jour fixe vom 18.03.2024

### 1. Nachtrag zum Artikel „Hunderttausende demonstrieren gegen die AfD. Für Demokratie. Für welche denn eigentlich?“ (GS 1-24)

— Beim letzten Jour fixe wurde diskutiert, wofür die Leute auf den Anti-AfD-Demos demonstrieren. Aus ihrer Parole „Wehret den Anfängen“ wurde geschlossen, dass sie fürchten, ein Erstarken der AfD führe zu Faschismus. Der o. a. Artikel steigt ein mit der Gegenfrage, gegen welche Anfänge es denn gehen soll. Er redet dann darüber, dass mit der aktuellen Ausländerpolitik doch längst einiges unterwegs ist und gar nicht nur in den Anfängen steckt. Die Argumente sind richtig, aber die Demonstranten sind inhaltlich woanders: Sie reden von den Anfängen einer Machtübernahme durch die Rechten, halten ihr Ideal von Demokratie hoch und verteidigen es mit der Parole „Bunt statt braun“. Wenn der Artikel die praktizierte Ausländerpolitik thematisiert, steht das schräg zu dem, was die Demonstranten bewegt. Die verbitten es sich doch offensiv, über aktuelle Politik oder Ausländerpolitik zu reden und meinen, jetzt gehe es um etwas anderes.

Das ist nicht gegeneinanderzusetzen. Anlass der Demos war das, was aus der Versammlung von Rechtsextremen und AfDlern in Potsdam bekannt wurde: Massendeportationen, Abschiebung und Ausweisung von Nichtdeutschen. Davon ausgehend fragt der Artikel, ob wirklich ein solch drohender Umgang mit Ausländern der Grund der Aufregung ist. Wieso beginnt der schlechte und ausgrenzende Umgang mit Ausländern erst da, wo Massendeportationen angekündigt werden? Wo es doch längst vor der AfD und dieser Versammlung genug Gründe gibt, den Umgang mit Ausländern zu kritisieren. Die Demonstranten meinen also gar nicht diese von der AfD geplanten Maßnahmen. Sonst würden ihnen nämlich nicht nur die, sondern schon längst die Politik der etablierten Parteien Anlass zu einem Aufschrei geben. Es geht ihnen um die richtige Gesinnung, dass anständige Menschen für Demokratie und gegen Faschismus zu sein haben, was immer sie sich darunter vorstellen.

Die Parole „Wehret den Anfängen“ ist da ernstzunehmen: Was meint ihr eigentlich damit? Seid ihr gegen das, was auf dieser Konferenz postuliert wurde? Oder steht das „Wehret den Anfängen“ nicht für etwas ganz anderes? Was da anfangen könnte, ist eine Wiederholung des Faschismus. Wieso das?

Auf der bösen Seite steht der schreckliche Faschismusverdacht gegenüber der AfD, auf der guten Seite die Demokratie, für die man unbedingt zu sein hat und die eine prima Sache sein soll. Diese Entgegensetzung ist z.B. in Sachen Ausländerpolitik angesichts der ständig stattfindenden Konkurrenz der etablierten Parteien um den härtesten Umgang mit Ausländern nicht haltbar. Wie kann es sein, dass das Schlimme erst anfängt, wenn die AfD an die Macht kommt? Massenhaft abschieben und dafür eintreten, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht gehen müssen – wo ist da der Unterschied zu Massendeportationen?

— Die Demonstranten befassen sich auch weder mit demokratischer Ausländerpolitik noch mit Faschismus. Sie verteidigen die Demokratie – nicht die wirkliche, sondern ihr Ideal davon.

Auf die Art affirmieren sie die demokratische Ausländerpolitik, auch wenn sie darüber ganz unterschiedlicher Meinung sind. Die Frage ist, was sie für den grundlegenden Unterschied zwischen Demokratie und Faschismus erklären, den sie an den Verlautbarungen dieser Rechten entdecken.

— Der Artikel versucht, die Demonstranten auf ihren Ausgangspunkt festzunageln. Sie erschrecken über „Remigration“ als faschistischen Terminus, über die offizielle Ausländerpolitik reden sie gar nicht.

Mit den Parolen „Wehret den Anfängen“, „Gegen rechts“ usw. befassen sie sich nicht mit der politischen Sache. Sie treten für ein Ideal, ihrer schönen Vorstellung von Demokratie ein, die das genaue Gegenteil von Faschismus sein soll. Mehr Inhalt hat das nicht. Das ist der Vorwurf, den man den Demonstranten machen muss: Sie befassen sich nicht weiter damit, was da anfangen soll oder worum es in der existenten Demokratie geht, das kümmert

sie nicht. Weltfremd und idealistisch, ohne jedes Argument, verteidigen sie das Bestehende. Der Grund dafür liegt in ihrem festen Urteil, Demokratie sei per se gute Herrschaft.

55 — *Es geht ihnen aber schon auch um Standpunkte. Es gibt doch Unterschiede in den Parteiprogrammen der AfD und der etablierten Parteien bezüglich Familienpolitik, Traditionspflege, Selbstverwirklichung und Cannabis-Legalisierung. Die Leute demonstrieren auch, weil sie um ihre liberalisierte Lebensführung fürchten.*

Was ist dran an den Befürchtungen der Leute bezüglich der AfD-Politik? Würden sie sich mit den Parteiprogrammen der Parteien auseinandersetzen, fänden sie nicht wenige Gemeinsamkeiten und einige Unterschiede mit der AfD.

60 — *Im Programm der AfD steht z.B., dass es sehr auf die Familie ankommt und auf die Werte, die dort gepflegt werden, als Stück Heimat, wie es sein soll und wie es hier eingerichtet ist. Gendern und Geschlechtsumwandlungen gehören da nicht dazu.*

Das erinnert auch sehr an die CSU. Es gibt sicherlich auch Unterschiede, das stellt sich heraus, wenn die AfD an der Macht sein sollte und Politik macht. Auch sie wird sich mit den Staatsnotwendigkeiten auseinandersetzen müssen. Aber die Befürchtungen der Demonstranten machen sich nicht an den konkreten Programmen fest, sondern an der Geisteshaltung, die der AfD einfach zugeschrieben wird.

70 Die Demonstranten halten der AfD Ausgrenzung, eine rassistische, menschenverachtende und falsche Gesinnung vor. Diese Verurteilung fußt darauf, dass ein grundlegender Unterschied gemacht wird zwischen der Gesinnung der AfDler und der normalen Moral, die in der Demokratie gilt. Auf dieser Ebene spielen sich die Bedenken ab, die die liberale Moral der heutigen demokratischen Gesellschaft gegen diese befürchtete ausgrenzende, rassistische und menschenverachtende Gesinnung hochhalten. Aus den Befürchtungen wird eine Parteinahme für das Hier und Heute, indem sie den herrschenden Verhältnissen eine schöne, gute

75 Absicht und eine anständige Moral unterstellen.  
— *Daran, wie die Demonstranten gegen die Programmpunkte der AfD die Schönheiten der Demokratie betonen, in der alles bunt und viel erlaubt ist und einem vieles offen steht – so als könne man da tun und lassen, was man will –, merkt man, dass sie von einem Ideal von Demokratie reden, nicht von ihrer Wirklichkeit.*

80 Die Demonstranten legen selber gerade Wert darauf, dass sachliche, konkrete Gesichtspunkte auf ihren Demonstrationen nicht vorkommen sollen. Ohne das Parteiprogramm der AfD zur Kenntnis zu nehmen und sich vor konkreten Auswirkungen dessen zu fürchten, unterstellen sie der AfD einen Geist, der Fatales zur Folge hat, und messen ihn an den Idealen von Demokratie, wie diese sich selber feiert.

Die unterschiedlichen Motive der Demonstranten mit ihren jeweiligen Vorstellungen von dieser Veranstaltung – manche von ihnen nutzen die Demos dazu, sich gegen die Unterdrückung der Palästinenser auszusprechen – sind zu unterscheiden vom gemeinsamen Nenner der Demonstrationen. Der beschränkt sich auf das Hochhalten der Ideale der Demokratie gegen die Befürchtung, Deutschland könnte durch die Populisten ins Verderben gestürzt werden. Die vielen geäußerten zusätzlichen Motive der Demonstranten sollten nicht als Zweck oder Botschaft der Demonstrationen überhaupt genommen werden.

## 2. „Die AfD im Höhenflug: Wie deutsche Populisten das Volk agitieren (GS 1-24)“

95 Der Artikel will aufzeigen, was die AfD auszeichnet, was ihr Kernanliegen und was das Besondere dieser Partei gegenüber den etablierten Parteien ist, wie sie auftritt und wie sie sich die Zustimmung einfängt. Dazu werden die Parolen der AfD ausführlich zitiert.

100 — *Mit dem Argument „Verbotspolitik“ schließt sich die AfD mit dem Volk zusammen: Sie wirft den etablierten Parteien vor, dem Volk das Zuhause sein in den bisherigen Verhältnissen, dessen bestehende Identitätsfindung in der Demokratie zu nehmen. Diese dem Volk natürlicherweise zustehende Freiheit würde sie dem Volk wieder verschaffen.*

Die AfD prangert die unterschiedlichsten Dinge als Fehler der Politik an: Verbot des Verbrennermotors, Vorschrift zur Heizungserneuerung, Gebot der Gender-Politik, Migration und Erschwernisse für die deutsche Wirtschaft. Die Liste an disparaten Vorwürfen steht für die Anklage der AfD, die Politik führe Änderungen ein, die dem Volk das bisher Gewohnte nehmen. Mit dieser Sorte Kritik beruft sich die AfD darauf, wie schwer es für die Leute ist, mit dem, was ihnen täglich abverlangt wird, zurecht zu kommen. Das Volk hat sich darin eingerichtet und an gewisse Umgangsweisen gewöhnt. An diesem Ist-Zustand knüpft die AfD an: jede Änderung der Politik, jede neue und ungewohnte Anforderung, prangert sie als unzumutbare Schwierigkeit und Belastung für das Volk an. Damit bescheinigt die AfD ihren Adressaten deren Recht auf die gewohnten Verhältnisse. Der Inbegriff ihrer Freiheit, die man ihnen nicht nehmen darf, besteht darin, sich in den eingerichteten Verhältnissen zu bewegen.

— *Der Vorwurf der AfD an die Politik lautet nicht, das Volk müsse sich an etwas Neues gewöhnen. Er lautet, das Volk werde belastet und wolle die Maßnahmen der Politik nicht.*

Dass die AfD gegen alles Neue sei, wäre ja auch falsch. Sie zitiert das alles, um anzuklagen, dass die gewohnte Art und Weise des Volkes, zurechtzukommen, zerstört wird. Was bisher gegolten hat, wird jetzt verboten. Mit dem Verbot des Verbrennermotors z.B. werden die Leute der Freiheit beraubt, sich ein Auto nach ihrem Geschmack auszusuchen.

— *Die AfD will auch nicht einfach alles Alte bewahren, sie will ja nicht zurück zur Politik von vor zehn Jahren. Ihr Vorwurf ist, dem Volk würde das „Alte“ im Sinne von „Heimat“ genommen. Den Inhalt dieser Heimat, was die Identität des Volkes ausmachen soll, wofür es herhalten soll, definiert die AfD.*

— *Insofern ist alles, was sie anprangert, ein Beleg für ihren Standpunkt, für ihr abstraktes Urteil, dem Volk werde die Heimat geraubt.*

Es geht nicht um „alt“ versus „neu“ und auch nicht darum, dass die AfD definiert, was Heimat ist. Die AfD bezeichnet die unschönen Verhältnisse, die den Leuten von oben aufgenötigt sind und in denen sie gewohnt sind, zurechtzukommen, beschönigend als *Heimat*. Die Verhältnisse, die man sich doch nicht ausgesucht hat und mit denen man sich irgendwie arrangieren muss, bekommen diesen „Ehrentitel“. Darauf, dass die Leute das auch so sehen, beruft sich die AfD, wenn sie sie damit agitiert, dass die etablierten Parteien ihnen die Heimat nehmen. Diese Sorte Argument zielt darauf, den Leuten in dem Standpunkt Recht zu geben, mit den von oben aufgenötigten Verhältnissen vertraut zu sein, mit ihnen zurecht zu kommen, sie deshalb gut zu finden und behalten zu wollen. Laut der AfD machen die etablierten Parteien dem Volk das Leben ausgerechnet darüber schwer, dass sie ihm die gewohnten Lebensverhältnisse wegnehmen. Sinnbildlich für diese Übergriffigkeit der Politik, die dem Volk die Heimat nimmt, steht der Vorwurf Weidels, das Schlimmste, was man einem Volk antun könne, sei, ihm sein Nationalgericht Schnitzel vorzuenthalten.

— *Das eine ist die Tour der AfD, Unzufriedenheiten im Volk zu zitieren. Gleichzeitig spitzt sie diese Unzufriedenheiten zu und macht daraus einen Angriff auf alle, ein „Vorschriftenwesen“, mit dem die etablierte Politik dem Volk die Heimat, das Gewohnte nimmt. Diese Abstraktionen, unter denen sie die disparatesten Beschwerden zusammenbringt, subsumiert sie unter ihr eigenes Verdikt, nach dem die Ampel-Politik der deutschen Politik überhaupt die politische Freiheit, die Souveränität raubt. Die Beschwerden, die sie angeblich im Volk vorfinden, werden überführt in die Beschwerde, Deutschland sei nicht mehr souverän. Der deutsche Staat macht nicht mehr das, was dem deutschen Volk dient, ist nicht mehr national gesonnen. Die AfD entdeckt tatsächlich im Schnitzel das fehlende Nationalbewusstsein deutscher Politik und einen Verstoß gegen alles, was einem Deutschen gebührt, sowohl der deutschen Wirtschaft wie dem deutschen Bürger. Da wird die Idee des „Veggie Day“ das Gleiche wie die Abschaffung der Atomkraftwerke, jedes Mal wird dem Volk etwas genommen.*

— *Wie passt das „Schnitzelverbot“ für den Bürger mit dem Einklagen verlorengegangener deutscher Souveränität zusammen? Das erschließt sich mir nicht.*

Der erste Punkt ist, dass die Menschen nach Ansicht der AfD diese Behandlung durch die Politik nicht verdient haben. Dass sie ihnen ihre Freiheit nimmt, dass sie ihnen die Heimat raubt und ihnen das Recht auf vertraute Verhältnisse versagt, dass politische Beschlüsse gefasst werden, für die man einfach nicht sein kann. Im nächsten Punkt lauscht die AfD den Menschen etwas anderes ab: Die EU kann, so wie sie ist, nicht bleiben. Hier geht für die AfD etwas anderes verloren als die Heimat, nämlich die Souveränität der Nation. Aber auch hier formuliert sie ihre Forderung, dass die EU eine andere werden muss, unter Berufung auf das Volk.

Die Identifikation von Volk und Nation stellt sie darüber her, dass die Politik den Menschen ermöglicht, in ihren gewohnten Verhältnissen ihre Rolle, ihre Funktion ausüben zu können, um so diese Nation voranzubringen. Die Nation muss alles dafür tun, dass dieser Zusammenhang Bestand hat und existieren kann. Die AfD entdeckt einen Verrat an diesem Zusammenhang. Und zwar durch lauter Vorschriften, die von außen kommen, nicht der Sorge um das Volk entspringen und dann von den etablierten Parteien an das Volk herangetragen werden. Das Volk wird also fremden Ansprüchen unterstellt. Das ist der Verrat, den die Politiker begehen, an der Nation und an dem, was die Heimat des Volkes ist.

— *Kern der Kritik der AfD ist der, dass es Regelungen von außen sind, die dem Volk zu schaffen machen. Die EU regelt, wie der deutsche Bauer sein Gemüse anbauen muss. Darin steckt das Misstrauen.*

Das gilt auch für die Klimapolitik. Nach Ansicht der AfD sind das alles Ansprüche von Außen, die die Politik gewissenlos sich zu eigen macht. Diese ‚Ansprüche‘ hat die Regierung aber aus gutem Grund im Auge, weil gerade die Internationalisierung und globale Wirtschaft dem Wachstum der deutschen Ökonomie dienen sollen. Die AfD wirft der Politik dagegen vor, damit nur lauter Ansprüche von außen zu bedienen. Die Regierung würde sich so an andere anbiedern und dann dem Volk abverlangen, sich mit den Konsequenzen zu arrangieren. Alle Berechnungen, für die eigene Nation dadurch einen Nutzen zu erzielen, können insofern nicht aufgehen.

— *Weidels EU-Kritik heißt: Deutschland ist von außen fremdbestimmt, es unterliegt dem EU-Recht, ist nicht mehr autonom. Sie fordert Kompetenzrückbau, also die unbeschränkte Machtausübung Deutschlands in der EU, um aus dem Binnenmarkt den Nutzen zu ziehen, der der Führungsmacht zusteht. Diesen Machtgewinn schließt sie mit dem Wohlergehen der Leute zusammen: Die hätten dann nicht mehr unter den EU-Bestimmungen zu leiden, das wäre ein Gewinn für die deutsche Arbeitskraft. Polemisch ausgedrückt soll deutsche Arbeitskraft deutschem Reichtum dienen und nicht dem EU-Haushalt.*

Das eine ist die Tour der AfD, sich immer aufs Volk zu berufen. Damit argumentiert sie, dass die Politik den kleinen Leuten *die Heimat zerstört* und ihnen damit das Leben erschwert. Andererseits beklagt sie die mangelnde *Handlungsfreiheit Deutschlands* in der EU. Hier stellt sich die AfD auf den Standpunkt, dass es Pflicht der deutschen Politik zu sein hat, sich in der EU zu behaupten, sich durchzusetzen und die EU für den Nutzen Deutschlands zu instrumentalisieren. Deshalb müsse die Politik dafür sorgen, dass deutsches Recht in der EU Geltung hat, dass es über dem EU-Recht steht. Diese beiden Standpunkte sind zu unterscheiden, die AfD behandelt sie, als wären sie das Gleiche.

— *Den Zusammenschluss der EU mit dem deutschen Bürger, der von deren Vorgaben betroffen ist, machen die anderen Parteien auch. Während Scholz verkündet, „wir“ brauchen die EU für „unser“ deutsches Wirtschaftswachstum, deutet die AfD auf den Schaden.*

Der Unterschied zwischen AfD und Scholz liegt darin, wie sie jeweils den Nutzen der EU für die deutsche Machtpolitik beurteilen. Deutschland benutzt die EU, setzt Regeln durch, die den deutschen Erfolg sichern, z.B. für eine Klimapolitik, die den deutschen Standort weltweit führend und erfolgreich machen soll. Die Internationalisierung, die Deutschland mit seiner Wirtschaftspolitik vorantreibt, ist *das Mittel* des deutschen Wirtschaftswachstums. Die AfD-Absage lautet: das taugt alles nichts, denn ihr Urteil steht fest: Deutsche Politik berücksichtigt viel zu sehr fremde Interessen, ordnet sich diesen unter und büßt Souveränität

205 ein, statt sie wahrzunehmen. Deutschland habe doch ein Anrecht auf Erfolg, zwischenstaatliche und EU-Regelungen müssen *Deutschland* nützen. Das ist der Kern der Sache, die die AfD mit dem Wohlbefinden der kleinen Leute und ihrem Recht auf vertraute Verhältnisse zusammenschließt und als „Volksverrat“ anklagt.

210 — *Wie alle Politiker beherrschen auch die der AfD das Ineinssetzen des Nutzens Deutschlands mit dem Nutzen der Leute. Auch umgekehrt, wenn Deutschland gegen eine Brüsseler Maßnahme ist, wird diese dem Volk als Schaden verklausuliert. Ob dies zutrifft oder nicht, steht nicht zur Debatte. Die Gemeinsamkeit aller Parteien liegt in dem Verhältnis einer demokratischen Herrschaft zu ihrem Volk. Hier geht es darum, wie die AfD die Leute agitiert, wie sie darauf kommt, den Leuten würde die Heimat genommen.*

215 — *Die Kritik der AfD an den modernen Verhältnissen ist sehr prinzipiell. Sie kritisiert die Politik der etablierten Parteien als ein Handeln aus einem grundverkehrten Geist heraus: Sie lassen sich für fremde Interessen funktionalisieren, statt schlicht und einfach die nationalen Vorteilsrechnungen durchzusetzen, was ihre Pflicht gegenüber dem Volk sei. Das ist für die AfD „Volksverrat“. Diese grundsätzliche Kritik gibt es bei den etablierten Parteien*  
220 *nicht: Wenn die sich ans Volk wenden, rechtfertigen sie ihre Politik und begründen sie damit, dass z.B. das Pariser Klimaabkommen die Wirtschaft stärkt und Arbeitsplätze schafft.*

Fremdbestimmung und Volksverrat sind für die AfD *das gleiche Übel*. Den Grund dieser schädlichen Politik kennt die AfD auch: die Gesinnung der Verräter. Die denken nicht an die Nation, ihre Politik ist von einem unnationalen Geist getrieben, z.B. von „grüner Ideologie“.  
225 Die Behauptung ist, die Politiker vertreten bei allem, was sie tun, nicht das Wohlergehen der Nation, weil für sie Weltverbesserung wichtiger ist als der Dienst an der Nation. Die AfD kritisiert, dass die Politiker sich bei ihren politischen Maßnahmen und Programmen auf internationale Verpflichtungen und moralische Pflichten berufen, denen die Politik nachzukommen hat. Dem Verweis auf diese *Rechtfertigungen* der Politik – wie sie Chrupalla zitiert:  
230 „wir müssen, wir müssen, wir müssen“ – erteilt die AfD ihre grundsätzliche und umfangliche Absage – „wir müssen überhaupt nichts“ – und erspart sich damit jede Erläuterung, was an den einzelnen Maßnahmen das Schädliche für Deutschland und für das deutsche Volk ist.

— *Die Politik macht durchaus deutlich, dass sie sich nicht fremden Zwecken unterwirft, ihre Verpflichtungen kein „Müssen“ sind, sondern stets auf den Nutzen Deutschlands zweckgerichtete Maßnahmen. Dies gilt auch für die Klimaabkommen, deren Zweck es ist, einen Weltenergiemarkt einzurichten, an dem Deutschland führend beteiligt sein will. Die AfD beurteilt diese Abkommen als grundlose, zweckfremde, schädliche Selbstverpflichtungen, die die Freiheit Deutschlands und der Leute beschränken.*

235 — *Wenn die AfD auf Schäden Deutschlands wegen der falschen Politik verweist, deutet sie auf die Souveränität als Voraussetzung erfolgreicher Herrschaft und behauptet, Deutschland sei weder nach innen noch nach außen wirklich souverän.*

Im Internationalismus, dem deutschen imperialistischen Erfolgsweg, sieht die AfD lauter Einschränkungen der Souveränität: Die Regierenden setzen das Ausland ins Recht und gehen Abhängigkeiten ein. Und das auch noch ganz *freiwillig*! Deswegen sei das Verrat an  
245 deutschen Interessen und ein Indiz ihrer unnationalen Gesinnung.

Dabei beurteilt die AfD nicht weiter die objektive Lage der deutschen Souveränität. Sie unterstellt, dass die deutsche Nation eigentlich *prima* ist und, richtig gemanagt, auch im Innern alles in Ordnung wäre. Dass dem nicht so ist, liegt daran, dass die herrschenden Politiker nicht den Standpunkt der nationalen Souveränität einnehmen. Der großen Nation Deutschland steht mehr zu als das, was die derzeitige Politik ihr beschert. Schuld sind nicht objektive Schranken oder Hindernisse, schuld ist der *Ungeist* der aktuellen Politik. An dem liegt es auch, dass dem Volk nicht der nötige Respekt gezollt wird, dass es vielmehr verraten und verachtet wird. Hier spricht die AfD das Volk nicht als Auftraggeber der Politik an, dem zu entsprechen die Politik immer behauptet. Sie verweist das Volk vielmehr auf die Aufgabe,  
250 die es als Teil der Nation *für* die Nation habe: die Nation voranzubringen. Für diese Leistung

gebührt den Leuten Lob und Anerkennung. Die aktuelle Politik nimmt die Leistung des Volkes laut AfD gar nicht für die Nation in Anspruch, sondern für auswärtige Interessen.

Weidel und Chrupalla setzen in ihrer Kritik an der Politik der etablierten Parteien Wirtschaftswachstum, Erfolge der Automobilindustrie, Reichtum der Nation und den Wohlstand der Bürger gleich. Alle diese Bereiche fallen der grundsätzlich verfehlten Politik der Ampel und vorher der CDU zum Opfer. Die AfD setzt ihre Kritik an den Machern der Politik an. Das kapitalistische Geschäft, die staatliche Förderung des Wirtschaftswachstums und Inanspruchnahme des Arbeitsvolkes für den Machtzuwachs des Staates ist nicht Gegenstand ihrer Betrachtung. Den Kapitalismus unterstellt sie als ganz selbstverständlich. In dem Fazit auf S.75 ist das so ausgedrückt: „Kein kritischer Blick fällt auf die notwendigen Härten bürgerlicher Politik, die zur staatsgewaltigen Durchsetzung des Systems kapitalistischen Geschäfts und souveräner Herrschaft gehören. Ihr ganzer Impetus zielt auf die Art und Weise, die liberal-demokratische Moralität, mit der das 'Establishment' die Politik rechtfertigt, die es betreibt.“

— Die Aussage Weidels „Überall kommen die Bürger an letzter Stelle. Grüne, SPD und FDP tun einfach alles, um den ganz normalen Leuten, die das Land am Laufen halten, das Leben so schwer wie möglich zu machen“ zeigt den positiven Bezug der AfD auf das Zurechtkommen-Müssen der Leute. Daran hält sie die großartige Leistung fürs Gemeinwesen fest, für die die Leute Respekt und nicht Verachtung von den Amtsträgern verdient haben. Die schlechte Lage des Arbeitsvolkes spricht keineswegs gegen die eingerichteten Verhältnisse, im Gegenteil: Die AfD nutzt diese systemeigene und systembedingt dauerhafte Unzufriedenheit, um sich als die Alternative für Deutschland zu profilieren. Gegen die anderen Parteien, die sich auch auf die Unzufriedenheit im Volk berufen, wenn sie mit ihrer liberal-demokratischen Moralität für ihre Politik als das Gute und Beste fürs Gemeinwesen werben.

— Wieso sollte die AfD auch etwas gegen den Kapitalismus haben? Außerdem kritisiert sie doch nicht nur die Moral der bürgerlichen Parteien, sie will auch eine andere Politik machen, definiert das Volk anders und will eine andere EU.

— Weidel deutet auf die Zustände, in denen die Leute leben, und betont, wie schwer vieles für die auszuhalten ist. Damit drückt sie eine Kritik aus, nimmt aber nicht die Sache in den Blick, mit der es die Leute zu tun haben. Vielmehr greift sie deren Lage kritisch auf, um zu betonen, genau diese Lage sei es, die das „Land am Laufen“ hält. Das bringe Deutschland voran und dafür verdienten die Menschen Respekt. Die AfD prangert die Misere der Leute an, um dem trostlosen Sich-Einrichten das Lob der Leistung fürs Gemeinwesen zu erteilen. Das zeigt ihre affirmative Stellung zu den eingerichteten Verhältnissen. Die AfD anerkennt die Leute in ihrem Arbeitsalltag als Ressource des Staates, die in ihrer prekären Lage Mittel für den Reichtum der Nation sind.

Das schätzt die AfD am Volk, dafür ist es bei ihr vorgesehen und dafür wird es anerkannt. Es soll das Gemeinwesen voranbringen, was ganz und gar nicht mit dem Wohlergehen der Leute zusammenfällt.

295

\*

— Im letzten Punkt (S. 75) löst der Artikel den ganzen Impetus der AfD auf als Kritik an der liberal-demokratischen Moralität. Er hält fest, es sei kein alternatives Programm zum besseren Management der etablierten Erfolgswege Deutschlands. Das will die AfD auch sicher nicht sein. An dem Management kritisiert sie alles Mögliche vom Gendern über Atomkraft bis zur Energietransformation. Müsste es dann nicht heißen, die AfD richtet sich gegen die regierende imperialistische Politik mit ihren transformatorischen Offensiven, ihrer Anti-Russland-Politik, dem Abschalten von Atomkraftwerken usw.? Warum schließt der Artikel, die Partei ziele nur auf die Art einer Moralität? Bleibt damit nicht das gesamte politische Programm dieser Partei und damit auch ihre Kritik an der Politik, gegen die sie radikal polemisiert, auf der Strecke?

— Die AfD macht eine grundsätzliche Absage an die Politik von Ampel und CDU. Diese Absage drückt sie aber nicht sachlich am deutschen und EU-Imperialismus aus. Das wäre ja

noch ein positiver Bezug auf die Politik, die sie fundamental anders betreiben will. Ihre Generalabsage an die liberal-demokratische Politik drückt sie gerade mit ihren moralischen Vorwürfen aus, die die Macher ins Unrecht setzen und ihnen als Versager an und Verräter der Sache des Volkes ihr Regierungsamt streitig machen sollen. Damit profiliert sich die AfD als echte Alternative für Deutschland beim Wahlvolk und tritt so gegen die etablierten Parteien an. Das heißt aber nicht, die AfD gehe in ihrer moralischen Zuspitzung auf.

— Mit „Profilieren“ ist man auf einer anderen Ebene, nämlich bei dem, wie sich demokratische Parteien, die sich in der grundsätzlichen Linie der nationalen Politik einig sind, von den anderen Parteien unterscheiden wollen. Führt das nicht weg von der radikalen sachlichen Kritik der AfD an dem, wie der Imperialismus von der Ampel und von der Vorgängerregierung praktiziert wird und wurde?

— Der Artikel benennt ja die inhaltlichen Kritikpunkte der AfD. An der Art, wie sie gegen Energie-, EU- Sozial- und Migrationspolitik polemisiert, sieht man, dass sie eine prinzipiell andere Politik will, nicht nur eine Kritik an bestimmten Fehlern oder an mangelnden Erfolgen bei der Umsetzung führen will. Sie grenzt sich ab von der Gesamtausrichtung des deutschen Imperialismus. Die Kritikpunkte kommen bei ihr in der Form vor, dass sie den Machern der Politik bestreitet, die Interessen und den Nutzen Deutschlands zu verfolgen. Im Fazit versucht der Artikel zu erklären, wie diese andere Politik, die sie will, aber deren Inhalte sie nicht weiter ausführt, mit der Art, wie sie agitiert, zusammenpasst.

— An der Rede Weidels zur Haushaltsdebatte wird das im Artikel z.B. ausgeführt: Migrationspolitik, Energiewende, EU-Haushalt, all das führt laut Weidel zu unberechtigten, unanständigen Ansprüchen ausländischer Interessen am deutschen Reichtum, sodass für Deutschland und sein Volk nichts mehr bleibt. Diese Interessen werden unterschiedslos gefasst als „Außenwelt“. Die internationalen Vereinbarungen, die der deutsche Staat zur Vergrößerung des Reichtums und des Zugriffs Deutschlands betreibt, verwandelt Weidel in ihren Vorwurf, die Politik würde Milliarden in alle Welt verteilen, mit denen sich das Ausland bereichert und Deutschland letztlich ausblutet. Ihre Fundamentalkritik an der Art, wie der deutsche Imperialismus betrieben wird, trägt sie vor als moralischen Angriff auf die Politiker, diese würden den Eigennutz Deutschlands verraten.

Nur, der Einwand, man dürfe zur Bestimmung der AfD deren Programm nicht ausblenden, nimmt die Aussagen des Artikels nicht ernst: Die AfD tritt eben *nicht* an mit einem alternativen Programm zu bestimmten politischen Maßnahmen. Sie kündigt *radikal* an, dass sie alles anders machen würde, wenn sie erst an der Macht ist. Sie macht dabei aber kein konkretes alternatives Programm vorstellig wie z.B., welche Verträge sie kündigen wird und mit wem sie welche neu verhandeln wird oder ähnliches. Vielmehr stehen die von ihr angeführten Kritikpunkte am politischen Handeln der Regierung – z.B. „Stoppen Sie die Massenmigration, indem Sie die Grenzen schließen“ etc. – als *Beispiele* für ihre Politik, die sich grundsätzlich gegen die Internationalisierung der nationalen Erfolgsmittel und -wege stellt und daher auch nichts zu tun haben will mit der Politik aller anderen Parteien. Die AfD pocht darauf, dass nur sie das nationale Wohl, den nationalen Egoismus im Auge hat. Sie wirbt für sich mit der Behauptung, *die anderen Parteien* würden die nationale Sache in den Sand setzen und das deutsche Volk verraten. Mit dieser Zuspitzung agitiert sie gegen die etablierten Parteien und setzt sich auch im Auftreten und Gestus von ihnen ab, pflegt einen anderen Politikstil. Darauf bezieht sich der Artikel im letzten Teil.

Daran blamiert die AfD auch die etablierten Parteien: Der CDU wirft sie mit dem bloßen Hinweis auf die Merkel-Politik in Sachen Migranten pure Heuchelei vor, wenn diese behauptet, den nationalen Vorteil zu verfolgen. Die Grünen halten sie für ideologisch völlig verbohrte, weil die nur von internationalen Verpflichtungen und höheren Werten redeten, also die Nation = das Volkswohl überhaupt nicht im Blick hätten. Sie wirbt auch nicht für sich damit, was sie konkret machen würde. Sie agitiert allein mit dem Standpunkt, die anderen würden die Nation = das Volk verraten. Das ist gemeint, wenn im Artikel steht, die AfD greift die liberal-demokratische Moralität an.

360 — *Warum sich der Artikel nicht mit den vielen Absagen der AfD im einzelnen auseinandersetzt – wie: warum sie den Ukrainekrieg nicht führen wollen, was für ein Europa sie haben wollen usw. – liegt doch einfach daran, dass er sich das nicht vorgenommen hat. Es geht ihm, wie in der Überschrift angekündigt, darum „wie die AfD das Volk agitiert“. Und da stimmt es nun mal: sie agitieren nicht mit ihren inhaltlichen Absagen und Vorschlägen, wie*  
365 *es anders zu gehen habe. Ihr Standpunkt, der hier erklärt ist, der ja ihren Absagen entnommen ist, ist, dass es immer zu wenig um die Nation geht, die nationale Souveränität verspielt, fremdbestimmt wird usw.*

— *Insofern kommt das Parteiprogramm der AfD in den zitierten Verlautbarungen auch vor, z.B. steht da „Kompetenzrückbau“ – gemeint sind die Kompetenzen der EU über die*  
370 *Mitgliedsländer. Das ist doch das Programm, Verträge so abzuschließen, dass Deutschlands Nutzen ‚wieder‘ garantiert ist.*

Dabei wollen sie sich auch da nicht wirklich festlegen: In dem einen im Artikel zitierten Interview versucht ein Journalist mit immer weiteren Nachfragen, Weidel auf etwas Konkretes im Hinblick auf die EU festzulegen. Darauf lässt sie sich aber nicht ein, sondern steuert dar-  
375 *auf hin, dass mit der AfD der nationale Gesichtspunkt zum Tragen komme. Das Vorhaben „Kompetenzrückbau“ drückt gerade nichts anderes aus als die Diagnose einer Bevormundung der eigenen Nation durch die EU-Institutionen, die beseitigt werden soll. Man erfährt also an ihren Aussagen durchaus ihren Standpunkt. Ihre Programmatik besteht in diesem Super-Patriotismus, der an alles den Gesichtspunkt heranträgt, die Politik müsse für die Hand-*  
380 *lungsfreiheit der Nation stehen, was das Gleiche wäre wie Volkswohl.*

— *Der Artikel hält am Schluss einerseits das Resümee fest, dass bei der AfD alles auf die Generalabrechnung hinausläuft, bei der an der etablierten Politik gar nichts gut wegkommt. Es geht ihr dabei nicht um einzelne Fehler, die man vermeiden könnte. Vielmehr sieht die*  
385 *AfD eine Politik aus völlig falschem Geist am Werk, die Deutschland an internationale hohe Werte verrate und dabei deutsche Interessen ausverkauft. Das kommt als politmoralische Abrechnung daher: Wenn sich Weidel ihr Schnitzel nicht verbieten lässt, diese Abrechnung also politmoralisch vorträgt, dann passt das genau so, weil sich diese Generalabrechnung nicht kritisch auf einzelne Maßnahmen bezieht, zu denen sie Verbesserungsvorschläge bringt; sie befasst sich überhaupt nicht mit den Notwendigkeiten, die die Politik mit ihrer In-*  
390 *ternationalisierung bei der Funktionalisierung auswärtiger Potenzen für Deutschland berücksichtigt. Bei allen Übereinkünften mit EU-Instanzen, bei denen Zuständigkeiten an Europa abgegeben werden, und wo immer Abkommen eingegangen werden, befasst sich die AfD nicht mit einzelnen Punkten, die ‚besser‘ gemacht werden müssten, sondern holt den politmoralischen Totschläger heraus, diese Politik sei ein Verrat an der Heimat, die dem Volk*  
395 *zusteht, und damit an deutschen Interessen. Das ist in moralischer Form der Vorwurf, da würde der deutsche Imperialismus seine nationalen Erfolgsmittel aus der Hand geben.*

— *Bisher wurde kontrafaktisch behauptet, der AfD ginge es nicht um konkrete sachliche Programmpunkte, sondern um einen „Geist“. Es wurden alle Inhalte, wie ihre Kritik am*  
400 *Ausstieg aus der Atomkraft, grundsätzlich getrennt von der Art und Weise, wie die AfD agitiert, ihre politischen Vorhaben für nicht wichtig befunden. Warum erschließt man sich nicht an inhaltlichen Programmpunkten bzw. an ihren Kritikpunkten an der aktuellen Politik oder auch an den volksmoralischen Touren der AfD, was diese Partei will? Am Beispiel Atom-*  
405 *kraftausstieg sieht man, dass sie sehr wohl eine Alternative zur herrschenden Politik bereithält: Sie hält den Ausstieg für einen Fehler, weil sich die Nation einer billigen, sicheren, national verfügbaren Energiebereitstellung entschlägt. Diesen generellen Vorwurf des Verrats, den sie im Unterschied zu anderen Oppositionsparteien erhebt, kann man nicht in Gegensatz zu ihrer Kritik an konkreten Inhalten stellen.*

Was will man denn folgern aus diesem „Atomkraftwerke wieder anschalten“, was auch die FDP fordert, darin erwischt man sie doch gar nicht in ihrer Besonderheit. Gerade mit dem  
410 *Inhalt des AfD-Einwands gegen das Abschalten der Atomkraft bekräftigt die AfD, dass die Regierung den nationalen Standpunkt verlassen habe: weil sie Deutschland von anderen Na-*

tionen abhängig macht, indem sie dieses in nationaler Verfügung stehende Erfolgsmittel der Nation aufgibt.

415 Mit dem Gesagten soll also nicht „Programm“ gegen „Standpunkt“ gesetzt, sondern gezeigt werden, dass das, was die AfD an Programmatik präsentiert, nichts anderes ist als die Exemplifizierung ihres Standpunkts an allen möglichen Gegenständen.

— *Den Standpunkt der AfD ermittelt man allemal aus ihrem inhaltlichen Programm, das sie agitatorisch und damit auch moralisch vorträgt. Er löst sich nicht auf in bloße Moralität.*

420 Das wird im Artikel auch nicht behauptet. Da heißt es: Dem Programm der AfD sind ihre zwei Standpunkte zu entnehmen, die ihre Generalkritik ausmachen: Dem deutschen Volk darf man seine Heimat nicht zerstören und die Politik muss vor allem auf ihre Handlungsfähigkeit achten, um dem deutschen Volk die Rolle zuzuweisen, die es hat, nämlich als Ressource der Nation zu fungieren. Das ist nicht die Auflösung in Moralität, sondern das ist der nationalistisch-patriotische Standpunkt der AfD. Von diesem Standpunkt aus kritisiert sie die  
425 etablierten Parteien und wirft ihnen vor, sie würden die nationale Sache aus dem Auge verlieren oder gar nicht vertreten wollen. Deswegen grenzt die AfD sich von denen, die sie für Volksverräter hält, ab. Sie will nicht eine von diesen Parteien sein, sondern ganz etwas anderes machen.

430 In der Tour, in der die AfD die anderen Parteien angreift, setzt sie an dem an, was diese Parteien selber als ihre liberal-demokratische Motivation für ihre Politik reklamieren. Wenn z.B. die C-Parteien sagen, bei ihnen sei das deutsche Volk am besten gegen Zuwanderung geschützt, entdeckt die AfD bloße Heuchelei, ein Vorwurf, der bürgerlichen Moralisten immer gefällt.

435 In dem Artikel steht wirklich nicht, es gehe der AfD allein um die Moral, sondern ihre Agitation „geht nicht in der Kritik an bestimmten Fehlritten auf, sondern ist eine Absage genereller Art“. Das heißt, ihre Kritik an einzelnen Maßnahmen der Politik geht weiter und gipfelt im Vorwurf des Verrats, den andere Parteien so nicht machen.

— *Wieso werden die einzelnen Programmpunkte dann immer zurück reflektiert auf die Art und Weise, die dann in Entgegensetzung gestellt wird zu den Inhalten der Partei?*

440 So, als Entgegensetzung „nicht Sache – sondern Moral oder Tour“ geht der Artikel gerade nicht. Es wird ja nicht gesagt, es ginge der AfD nicht um die Sache oder sie hätte gar keine Änderungen vor. Die Sache, die die AfD an allen möglichen Punkten kritisiert, ist die Art des Imperialismus, wie er von den deutschen Parteien betrieben wird, laut AfD mit viel zu viel Internationalismus und Rücksichtnahme auf fremde Interessen.

445 — *Noch einmal am Beispiel Energiewende: Wenn die AfD das Wegwerfen der Atomkraft kritisiert, einer für die Nation verlässlichen Energiequelle, richtet sie sich gegen die Art und Weise der etablierten Politik, die einen alternativen Energieimperialismus zu etablieren versucht. Sie richtet sich gegen die Internationalisierung des nationalen Erfolgsmittels.*

450 — *Mit Schlagwörtern wie Internationalisierung, Nationalisierung oder Art des Imperialismus kommt man in der Kritik der AfD nicht weit. Man muss sich schon konkreter mit den Punkten auseinandersetzen, die die AfD kritisiert. Da merkt man, sie ist gar nicht bedingungslos national, ist zum Beispiel für das Gasgeschäft mit Russland und sogar für eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Den Standpunkt der AfD kann man nur aus ihrer Politik, ihrem Programm, ihren Stellungnahmen erschließen und schlussfolgern. Das löst sich nicht  
455 in die Tour auf, wie sie das Volk anspricht.*

Nochmal: Das mit dem „bloße Tour“ oder „auflösen in Moral“ hat auch keiner behaupten wollen. Im Artikel soll gesagt sein, sie kritisiert nicht nur einzelne „Fehlritte“, sondern dem, welche Fehlritte sie da wie kritisiert, ist ihre „Absage genereller Art“ zu entnehmen. Deshalb die „hemmungslose moralische Zuspitzung ihrer Vorwürfe“, die man von ihr kennt.

460

\*

Der nächste Termin zur Fortsetzung der Debatte zu den AfD-Artikeln im GS 1-24 findet am **15. April 2024** statt.